

Wertschöpfung

Industriepolitische Grundsätze

vbw

Position
Stand: Januar 2025

Die bayerische Wirtschaft



Vorwort

Die Zukunftsfähigkeit der Industrie in Bayern sichern

Bayern ist ein Industrieland. Die Industrie ist der Erfolgsfaktor unserer Wirtschaft, sie ist der Motor für Wertschöpfung und Beschäftigung, auch in anderen Branchen und Wirtschaftszweigen. Eine starke Industrie ist zusammen mit dem Dienstleistungsverbund der Garant für Wohlstand in unserem Land.

Vor dem Hintergrund der zahlreichen Krisen der letzten Jahre, der großen strukturellen Herausforderungen sowie der sich zunehmend verschlechternden Standortbedingungen in Deutschland wird die Gefahr einer De-Industrialisierung immer realer. Die Anzeichen hierfür sind nicht mehr zu übersehen.

Hierauf müssen wir mit einer modernen Industriepolitik reagieren. Diese muss sich an den ordnungspolitischen Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft orientieren. Das heißt, dass vor allem die allgemeinen Rahmenbedingungen für das Wirtschaften in unserem Land verbessert werden müssen. Zugleich stehen die Unternehmen vor mehreren Herausforderungen, die der Markt im aktuellen Umfeld allein nicht regeln kann. Deshalb kann ein staatliches Eingreifen gerechtfertigt sein – allerdings in einem klar definierten und begrenzten Rahmen.

Mit dem vorliegenden Positionspapier zeigen wir industriepolitische Grundsätze auf, die aus Sicht der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. geeignet sind, eine De-Industrialisierung zu vermeiden und die Zukunftsfähigkeit unserer Industrie zu sichern. Bayern ist Industrieland und Bayern muss Industrieland bleiben.

Bertram Brossardt
24. Januar 2025

Inhalt

Position auf einen Blick	1
1 Die Industrie in Deutschland und Bayern	3
1.1 Die Bedeutung der Industrie für Deutschland und Bayern	3
1.2 Die Struktur der deutschen und bayerischen Industrie	3
1.3 Der Industriestandort Bayern	4
2 Die mittelfristigen Trends	5
3 Die Gefahr einer De-Industrialisierung	6
4 Die Position der vbw	8
4.1 Wir setzen weiter auf eine starke Industrie	8
4.2 Industriepolitik im Ordnungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft	8
4.3 Verbesserungen der allgemeinen Standortbedingungen	8
4.4 Gezielte Maßnahmen für die Industrie als Ganzes	9
4.5 Rechtfertigung von spezieller Industriepolitik	9
4.6 Spezielle Industriepolitik nur in engen Grenzen	10
4.7 Zusammenwirken von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft	10
Ansprechpartner/Impressum	11

Position auf einen Blick

Durch eine moderne Industriepolitik eine De-Industrialisierung verhindern

Bayern ist Industrieland und muss Industrieland bleiben. Die Industrie bildet zusammen mit dem Dienstleistungsverbund das Fundament der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands und Bayerns. Sie sorgt auch in anderen Wirtschaftszweigen für Wertschöpfung und Beschäftigung. Daher ist sie die unverzichtbare Basis des Erfolgs unserer Volkswirtschaft.

Bayern ist nach wie vor ein industrieller Spitzenstandort, doch der Vorsprung schmilzt. Die Standortbedingungen in Deutschland, von denen sich Bayern nicht abkoppeln kann, verschlechtern sich zunehmend. Unsere Unternehmen müssen einen massiven Nachteil bei Arbeits- und Energiekosten sowie Steuern und Abgaben verkraften. Zudem belasten eine überbordende Bürokratie und eine komplexe Regulierung die Betriebe. Diese strukturellen Standortnachteile haben dazu geführt, dass ein schleichender Prozess der De-Industrialisierung begonnen hat. Diesen gilt es zu stoppen.

Denn die Industrie ist kein Auslaufmodell. Die weltweite Nachfrage nach Industriegütern wird weiter zunehmen, der Aufholprozess der Schwellenländer führt zu einer Nachfrage nach Maschinen und Ausrüstungen. Die Industrie bietet mit ihren innovativen Produkten die Lösung für die globalen Herausforderungen der Zukunft.

Um eine De-Industrialisierung in Deutschland und Bayern zu verhindern und die Zukunftsfähigkeit unserer Industrieunternehmen zu stärken, brauchen wir eine moderne Industriepolitik, die die veränderten Rahmenbedingungen berücksichtigt, sich aber weiterhin im ordnungspolitischen Rahmen der sozialen Marktwirtschaft bewegt. Gefordert sind alle Ebenen – angefangen bei den Tarifparteien, über den Freistaat und den Bund bis zur EU.

Das heißt konkret:

- Die vbw setzt weiter auf eine starke Industrie als Pfeiler und Motor unserer Volkswirtschaft.
- Die Industriepolitik muss sich auch weiterhin am ordnungspolitischen System der Sozialen Marktwirtschaft orientieren.
- Die erste und dringlichste Aufgabe ist es, die allgemeinen Standortbedingungen zu verbessern, um wieder ein rentables Wirtschaften am Standort Deutschland zu ermöglichen.
- Auch eine spezielle Förderung der Industrie als Ganzes ist erforderlich und gerechtfertigt, weil davon auch die anderen Wirtschaftszweige profitieren.
- Das aktuelle Umfeld ist durch verschiedene Herausforderungen gekennzeichnet, die der Markt alleine nicht optimal lösen kann, sodass staatliche Eingriffe angemessen sind. Das sind vor allem die politisch verordnete und fix terminierte Transformation zur Klimaneutralität sowie das von der EU politisch vorgegebene Ziel der strategischen

[Position auf einen Blick](#)

außenwirtschaftlichen Autonomie, um Abhängigkeiten zu verringern und im Systemwettbewerb zu bestehen.

- Für die staatlichen Eingriffe müssen aber enge Grenzen und klar definierte Grundsätze gelten.
- Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer. In der Ausgestaltung der Industriepolitik sind die Praxiserfahrung der Unternehmen und das Know-How der Wissenschaft gefragt.

1 Die Industrie in Deutschland und Bayern

Große Bedeutung für die gesamte Volkswirtschaft

1.1 Die Bedeutung der Industrie für Deutschland und Bayern

Die Industrie bildet zusammen mit dem Dienstleistungsverbund das Fundament der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands und Bayerns. Sie hat ein überdurchschnittlich hohes Gewicht und ist damit die unverzichtbare Basis des Erfolgs unserer Volkswirtschaft.

- Im Jahr 2023 wurden 20,8 Prozent der deutschen Bruttowertschöpfung in der Industrie erwirtschaftet.
- Mit 7,5 Millionen Personen waren 16,3 Prozent aller Erwerbstätigen in der Industrie tätig.
- In Bayern hat die Industrie ein noch größeres Gewicht. Der Wertschöpfungsanteil lag 2023 bei 24,6 Prozent, der Anteil der Erwerbstätigen bei 19,7 Prozent.
- Auf die Industrie entfallen rund 90 Prozent der Exporte und sowie der F+E Ausgaben.

Noch klarer wird die Bedeutung der Industrie für Deutschland und Bayern im internationalen Vergleich. Im Schnitt der EU-Staaten lag der Anteil der Industrieproduktion an der gesamten Wertschöpfung im Jahr 2023 bei 16,6 Prozent (u.a. Italien 17,5 Prozent, Spanien 12,6 Prozent, Frankreich 10,8 Prozent). In den USA liegt der industrielle Wertschöpfungsanteil bei zwölf Prozent, im Vereinigten Königreich bei zehn Prozent. Nur wenige Länder Asiens – unter anderem China und Südkorea – haben einen höheren Industrieanteil an der Wertschöpfung als Bayern.

Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Industrie ist noch größer als es der unmittelbare Wertschöpfungsanteil anzeigt. Hinzu kommen weitere rund acht Prozent an Wertschöpfung in anderen Wirtschaftsbereichen, die durch die Nachfrage der Industrieunternehmen nach Zulieferungen und Dienstleistungen entstehen.

1.2 Die Struktur der deutschen und bayerischen Industrie

Deutschlandweit waren 2023 knapp 5,6 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in der Industrie tätig. Sie erwirtschafteten einen Umsatz von 2.226 Milliarden Euro, knapp 52 Prozent davon im Ausland. Mit einem Beschäftigtenanteil von 17,1 Prozent ist der Maschinenbau die größte Industriebranche bundesweit, gefolgt von der Automobil- und Zulieferindustrie (14,0 Prozent) und den Herstellern von Metallerzeugnissen (9,3 Prozent). Auf das Ernährungsgewerbe entfallen 8,7 Prozent der Beschäftigten, auf die Chemie- und Pharmaindustrie 8,2 Prozent.

15 Prozent der Industriebeschäftigten sind in energieintensiven Industriebranchen tätig, die angesichts der hohen Energiepreise derzeit unter besonderem Druck stehen. Zu den

energieintensiven Branchen zählen die Chemische Industrie, die Metallerzeugung und -bearbeitung, der Bereich Kokerei und Mineralölverarbeitung, die Glas-, Keramik- und Steine- und Erden-Industrie sowie die Papierindustrie.

In den bayerischen Industrieunternehmen waren 2023 als 1,3 Millionen Personen beschäftigt, das ist fast ein Viertel aller Industriebeschäftigten in Deutschland. Es wurde ein Umsatz von 501 Milliarden Euro erwirtschaftet, 58 Prozent davon im Ausland.

Die größte Branche im Freistaat ist der Maschinenbau, dort sind 17,3 Prozent aller Industriebeschäftigten Bayerns tätig. Knapp 16 Prozent der Beschäftigten entfallen die Elektro- und Elektronikindustrie, 15 Prozent auf den Straßenfahrzeugbau. Knapp jeder zehnte Industriebeschäftigte ist im Ernährungsgewerbe tätig. In den energieintensiven Industriebranchen sind fast zwölf Prozent der Industriebeschäftigten in Bayern tätig.

Die bayerische Industrie ist flächendeckend stark aufgestellt. Der absolut größte Anteil entfällt auf Oberbayern, wo 29 Prozent aller Industriebeschäftigten tätig sind und knapp 45 Prozent des Umsatzes erwirtschaftet werden. Auf Schwaben entfallen 16,3 Prozent der Industriebeschäftigten, auf Mittelfranken 13,9 Prozent. Das relative Gewicht der Industrie ist in Oberbayern hingegen unterdurchschnittlich, der Anteil an der gesamten oberbayerischen Wertschöpfung beträgt 22,3 Prozent. Die höchsten Wertschöpfungsanteile hat die Industrie in der Oberpfalz mit 30,6 Prozent und in Niederbayern mit 28,6 Prozent.

1.3 Der Industriestandort Bayern

Bayern ist nach wie vor ein industrieller Spitzenstandort. Im vom IW Köln jährlich durchgeführten internationalen Vergleich der Industriestandorte belegt der Freistaat im Niveau-Ranking 2024 den zweiten Platz. In vier von sechs Kategorien liegt der Freistaat unter den TOP 10. Die größten Pluspunkte des Freistaats sind ein starker Wertschöpfungsverbund, komplexe Produkte und eine diversifizierte Produktpalette der Unternehmen, die Offenheit der Märkte, ein starkes Innovationsumfeld mit hohen FuE-Ausgaben der Industrie sowie eine leistungsfähige Infrastruktur. Der entscheidende Standortnachteil des Freistaats ist das Kostenniveau. Hier liegt Bayern auf dem letzten Platz der 46 untersuchten Staaten. Verantwortlich sind hohe Arbeits- und Energiekosten sowie eine hohe Steuerbelastung.

Deutschland insgesamt ist knapp hinter dem Freistaat auf Rang 5 platziert. Zu den Stärken zählen ebenfalls die Kategorien Wissen und Markt sowie der Bereich Infrastruktur. Den größten Nachteil bilden auch bundesweit die hohen Kosten am Standort.

Doch diese guten Platzierungen sind in Gefahr. Im Dynamikranking, das die Entwicklung der Standortqualität im Zeitablauf untersucht, liegt Bayern nur auf Rang 33 der 46 betrachteten Staaten. Zum Teil ist diese schwache Platzierung der guten Ausgangsposition des Freistaates geschuldet und spiegelt das Aufholen der Wettbewerber wider. Kritisch zu sehen ist jedoch, dass Bayern im Dynamikranking in den vergangenen Jahren im Trend stetig verschlechtert hat. Das bedeutet, dass der Vorsprung des Industriestandortes Bayern zunehmend schmilzt. Deutschland rangiert im Dynamikranking auf Platz 31.

2 Die mittelfristigen Trends

Trotz Herausforderungen hat die Industrie Zukunft

Die Industrie sieht sich derzeit großen Herausforderungen gegenüber, vor allem am Standort Deutschland. Aber die Industrie ist kein Auslaufmodell. Die weltweite Nachfrage nach Industriegütern wird weiter zunehmen, was der bayerischen Industrie weiterhin Absatzmöglichkeiten eröffnet.

Durch den Aufholprozess der Schwellenländer entstehen neue Märkte. Im Zuge der Modernisierung und Industrialisierung dieser Volkswirtschaften werden Maschinen und Ausrüstungen benötigt, die den Schwerpunkt der deutschen und bayerischen Industrie bilden. Zudem entsteht mit fortschreitendem Wohlstand in diesen Ländern eine breitere Mittelschicht mit entsprechender Kaufkraft. Dies bietet unseren Industrieunternehmen gute Absatzperspektiven.

Es ist die Industrie, die mit ihren Innovationen und Produkten die Lösungen für die globalen Herausforderungen bietet. Hier ist an erster Stelle der Klimawandel zu nennen. Nur mit intelligenten Industrieprodukten kann die Dekarbonisierung und die Energiewende gelingen. Angesichts der demografischen Entwicklung ist unter anderem die Robotik, die Medizintechnik, die Pharmaindustrie und die Mobilitätswirtschaft gefordert, um nur einige Beispiele zu nennen.

Die Digitalisierung ermöglicht hierbei tiefgreifende Produkt- und Prozessinnovationen. Es entstehen nicht nur neuartige Produkte, sondern völlig neue Geschäftsmodelle. Die Vernetzung zwischen Ländern und Standorten, die remote-Ausführung der verschiedenen Wertschöpfungsstufen eröffnet ebenfalls neue Perspektiven.

Gleichwohl sieht sich die heimische Industrie auch großen Herausforderungen gegenüber. Die demografische Entwicklung in Deutschland und Bayern führt zu einem strukturellen Arbeitskräfte- und Fachkräftemangel und senkt so das Wachstumspotenzial. Zudem muss die Industrie gerade am heimischen Standort mit massiven Kostennachteilen kämpfen – das betrifft sowohl Arbeits- und Energiekosten als auch Steuern und Abgaben. Die umfassende Bürokratie und komplexe Regulierungen erschweren das Wirtschaften zusätzlich.

Gerade unsere international ausgerichtete bayerische Industrie spürt die negativen Folgen des zunehmenden Protektionismus, der auch in demokratischen und marktwirtschaftlichen Staaten immer salonfähiger wird und den Welthandel bremst. Eine besondere Herausforderung ist der Systemwettbewerb mit nicht-marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnungen. Hier ist vor allem China zu nennen, das durch offene und verdeckte Subventionen ihrer Unternehmen für Wettbewerbsverzerrungen sorgt – sowohl auf dem chinesischen Markt als auch auf Drittmärkten.

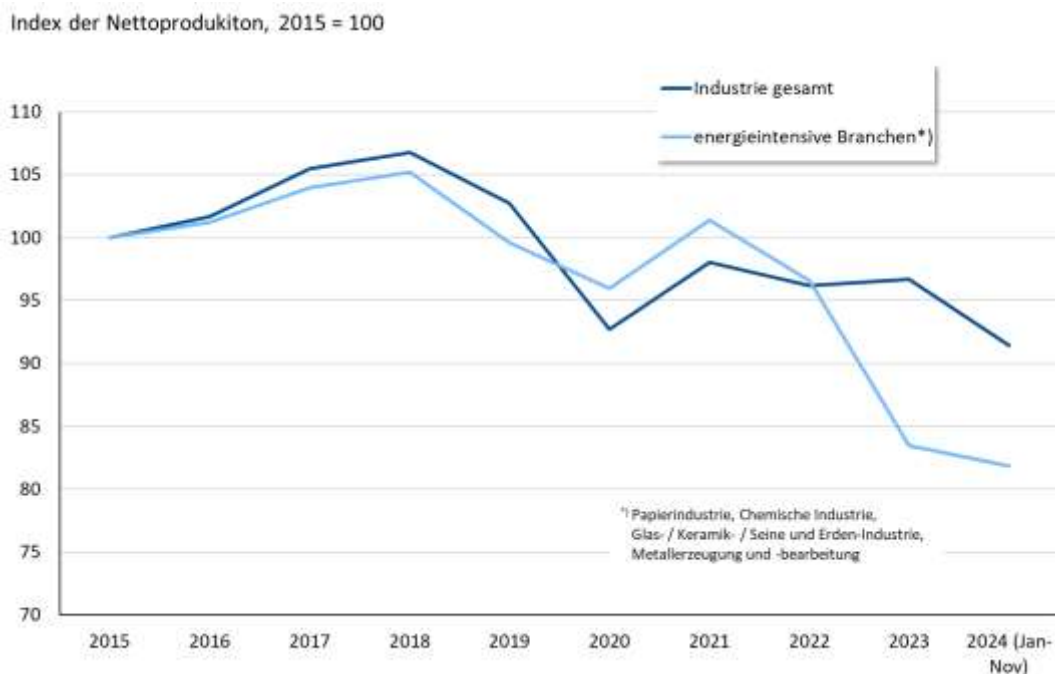
3 Die Gefahr einer De-Industrialisierung

Anzeichen einer De-Industrialisierung sind unverkennbar

Angesichts der beschriebenen strukturellen Herausforderungen sowie einer anhaltenden Verschlechterung der Standortbedingungen in Deutschland ist eine De-Industrialisierung unseres Landes eine mehr als realistische Gefahr. Anzeichen hierfür sind nicht mehr zu übersehen. Der industrielle Wertschöpfungsanteil ist sowohl bundesweit als auch in Bayern in den letzten zehn Jahren um rund zwei Prozentpunkte gesunken.

Die Industrieproduktion in Bayern erreichte 2018 ihren Höhepunkt. In den Jahren 2019 und 2020 ging sie spürbar zurück und bewegt sich seitdem auf einem deutlich niedrigeren Niveau als 2018. Abgesehen von einem leichten Aufholeffekt nach Corona bewegt sich die Produktion in den Jahren 2021 bis 2023 nur seitwärts, 2024 zeigt sie klar nach unten. Auffällig ist der starke Produktionsrückgang in den energieintensiven Branchen seit 2022, dem Beginn der Energiekrise. In den beiden Jahren 2022 und 2023 fiel die Produktion hier um insgesamt fast 18 Prozent.

Abbildung 1
 Industrieproduktion Bayern

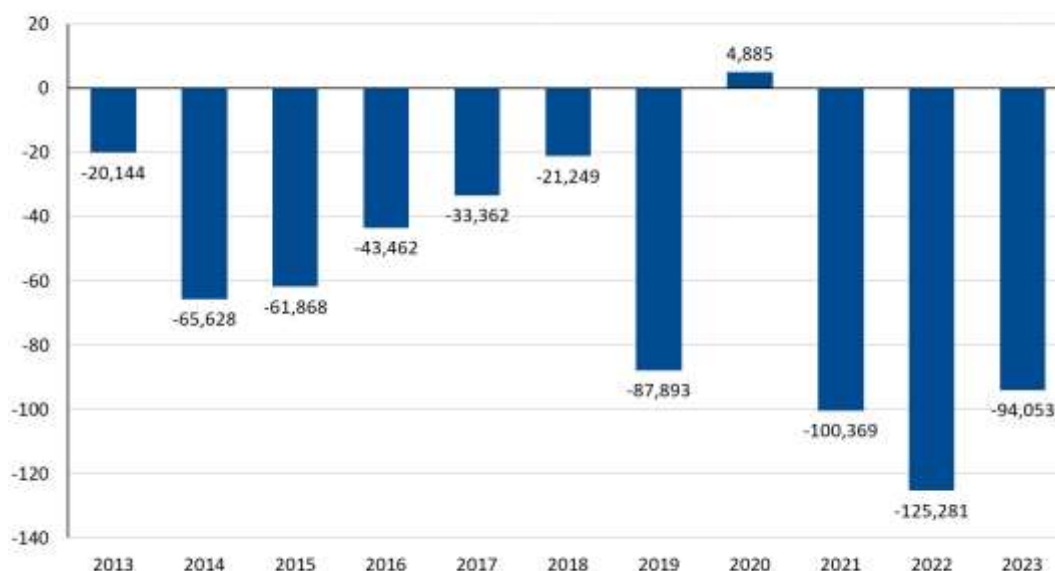


Quelle: Bay. Landesamt für Statistik

Auch die Entwicklung der Direktinvestitionen gibt Hinweise auf eine De-Industrialisierung. Nach Berechnungen des IW Köln verzeichnet Deutschland seit 2019 (mit Ausnahme des Corona-Jahres 2020) hohe Netto-Abflüsse von Direktinvestitionen mit einem Negativ-Rekord von mehr als 125 Milliarden Euro im Jahr 2022. Verantwortlich sind vor allem stark sinkende Investitionszuflüsse nach Deutschland.

Abbildung 2
 Direktinvestitionsflüsse Deutschland

Saldo aus Zu- und Abflüssen an Direktinvestitionen in Deutschland
 in Mrd. Euro



Quellen: Deutsche Bundesbank, IW Köln.

Nach einer Untersuchung des ZEW Mannheim gab es bundesweit im Jahr 2023 11.000 Betriebsschließungen in der Industrie. Das ist der höchste Stand seit 2004 und ein Anstieg um 8,7 Prozent gegenüber 2022.

Noch konkretere Anzeichen für eine drohende De-Industrialisierung ergeben sich aus Umfragen unter Unternehmen.

- Laut einer Umfrage der bayerischen M+E Arbeitgeberverbände bayme vbm vom Dezember 2024 haben sich für 70 Prozent der Unternehmen die Standortfaktoren im Inland verschlechtert.
- Von diesen Unternehmen hat über ein Fünftel in den vorangegangenen zwölf Monaten bereits Teile der Wertschöpfung ins Ausland verlagert, mehr als 43 Prozent planen dies.
- Die verschlechterten Standortbedingungen wirken sich vor allem negativ auf die inländische Investitionstätigkeit aus, das sagten drei Viertel der betroffenen Betriebe. Das betrifft vor allem Neuinvestitionen.

4 Die Position der vbw

Eine angepasste Industriepolitik im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft

Bayern ist Industrieland und muss Industrieland bleiben. Um eine De-Industrialisierung zu verhindern und die Zukunftsfähigkeit unserer Industrieunternehmen zu stärken, brauchen wir eine moderne Industriepolitik, die die veränderten Rahmenbedingungen berücksichtigt, sich aber weiterhin im ordnungspolitischen Rahmen der sozialen Marktwirtschaft bewegt. Gefordert sind alle Ebenen – angefangen bei den Tarifparteien, über den Freistaat und den Bund bis zur EU.

4.1 Wir setzen weiter auf eine starke Industrie

Die vbw setzt weiter auf eine starke Industrie als Pfeiler und Motor unserer Volkswirtschaft. Die Industrie sorgt auch in anderen Wirtschaftszweigen in erheblichem Umfang für Wertschöpfung und Beschäftigung. Sowohl eine bewusste Strategie als auch nur das Hinnehmen einer De-Industrialisierung wären fatal. Ziel muss es sein, die gesamte Wertschöpfungskette am Standort Deutschland und Bayern zu erhalten. Wenn auch nur einzelne Teile wegbrechen, droht ein Domino-Effekt.

4.2 Industriepolitik im Ordnungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft

Unser ordnungspolitisches System der Sozialen Marktwirtschaft muss die klare Linie für eine Industriepolitik sein. Ordnungspolitik hat keinen Selbstzweck. Die Orientierung an der Ordnung der sozialen Marktwirtschaft erfolgt vielmehr aus der klaren Überzeugung heraus, dass der Marktprozess zu den besten und effizientesten Lösungen führt. Staatliche Eingriffe in das Marktgeschehen verzerren den Wettbewerb und sind nur dann gerechtfertigt, wenn der Marktmechanismus nicht funktioniert („Marktversagen“) oder zu Ergebnissen führt, die gesellschaftlich nicht akzeptiert sind.

4.3 Verbesserungen der allgemeinen Standortbedingungen

Die erste und dringlichste Aufgabe ist es, die allgemeinen Standortbedingungen zu verbessern, um wieder ein rentables Wirtschaften am Standort Deutschland zu ermöglichen. In den vergangenen Jahren haben sich die Rahmenbedingungen stetig verschlechtert. Besonders groß ist der Handlungsbedarf bei den Kosten. Das betrifft die Arbeitskosten, die Energiekosten sowie Steuern und Abgaben. Außerdem ist ein umfassender Abbau der Bürokratie und eine nachhaltige De-Regulierung notwendig. Investitionsbedarf besteht in allen Bereichen der Infrastruktur: Verkehrs-, digitale und Bildungsinfrastruktur. Schließlich ist die Bekämpfung des Arbeitskräfte- und Fachkräftemangels sowie die Sicherstellung einer ausreichenden und stabilen Energieversorgung notwendig.

4.4 Gezielte Maßnahmen für die Industrie als Ganzes

Auch eine Förderung der Industrie als Ganzes ist erforderlich. Eine solche *horizontale Industriepolitik* ist mit der Ordnungspolitik vereinbar, weil die Industrie auch in anderen Wirtschaftszweigen zu Wertschöpfung und Beschäftigung führt. Somit profitiert die Gesamtwirtschaft indirekt von einer horizontalen Industriepolitik. Sinnvolle und wichtige Maßnahmen sind eine steuerliche Forschungsförderung sowie eine gezieltere Exportförderung.

4.5 Rechtfertigung von spezieller Industriepolitik

Eine spezielle Industriepolitik, die ins Marktgeschehen eingreift und / oder auf bestimmte Branchen oder Technologien ausgerichtet ist, ist nur bei Marktversagen gerechtfertigt, d.h., wenn der reine Marktmechanismus nicht zum optimalen oder nicht zum gesellschaftlichen Ergebnis führt. Das aktuelle Umfeld ist durch verschiedene Herausforderungen gekennzeichnet, die als Begründung für eine solche *vertikale Industriepolitik* gelten, weil der Markt nicht zum optimalen Ergebnis führen kann.

- Angesichts der politisch verordneten und zudem fix terminierten Transformation zur Klimaneutralität wird es unter reinen Marktbedingungen nicht gelingen, dass die Unternehmen die Transformation umfassend in der vorgegebenen Zeit erfolgreich bewältigen.
- Die Transformation ist keine Evolution, sondern erfordert große technologische Sprünge. Das damit verbundene Ausmaß an Unsicherheiten und Risiken einerseits sowie das gleichzeitig erforderliche hohe Volumen an Investitionen andererseits halten Unternehmen von bestimmten Investitionen und Innovationen ab. Dies gilt umso mehr, wenn in der jüngeren Vergangenheit noch in „alte Technologien“ investiert wurde und diese Investitionen nun durch die Neuinvestitionen wertlos würde. Außerdem bedürfen bestimmte Technologien oder Geschäftsfelder einer gewissen Mindestgröße, die Unternehmen mit Einzelinvestitionen nicht stemmen können.
- Gerade im Bereich der grünen Transformation treten sog. externe Effekte auf, die ein staatliches Eingreifen ordnungspolitisch rechtfertigen. Der Klimaschutz führt zu einem gesamtwirtschaftlichen Nutzen, der in den einzelwirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Abwägung von Unternehmen nicht berücksichtigt wird, sodass diese Investitionen ohne staatliche Anreize zu niedrig ausfallen oder gänzlich unterbleiben würden.
- Der zweite Megatrend, der eine Anpassung der Industriepolitik notwendig macht, ist das veränderte geopolitische und außenwirtschaftliche Umfeld. In geopolitischen Konflikten werden wirtschaftliche Abhängigkeiten zunehmend als „Waffe eingesetzt. Die EU hat sich das Ziel der „strategischen außenwirtschaftlichen Autonomie“ gegeben. Ein solches politisch vorgegebene Ziel kann durch den Markt alleine nicht erreicht werden.
- Im außenwirtschaftlichen Umfeld kommt der Systemwettbewerb mit dem Staatskapitalismus Chinas hinzu. Im Vergleich mit Konkurrenten aus China und anderen autokratischen Staaten herrschen ungleiche Wettbewerbsbedingungen für unsere Unternehmen. Um diese Wettbewerbsverzerrungen auszugleichen, sind staatliche Unterstützungen notwendig

4.6 Spezielle Industriepolitik nur in engen Grenzen

Die beschriebenen aktuellen Rahmenbedingungen und Herausforderungen rechtfertigen aus ordnungspolitischer Sicht eine spezielle Industriepolitik und staatliche Eingriffe. Bei der praktischen Umsetzung sind aber bestimmte Grundsätze zu beachten:

- Der Preismechanismus muss möglichst gewahrt werden; so sind zum Beispiel Lenkungssteuern Ge- oder Verboten klar vorzuziehen.
- Je enger und spezieller der betreffende Bereich ist, desto kritischer sind Eingriffe zu sehen; d.h. die gezielte Förderung bestimmter Branchen oder Technologien ist eher zu akzeptieren als die Förderung einzelner Unternehmen.
- Klare Regeln sind Einzelmaßnahmen vorzuziehen, da letztere stets die Gefahr der Willkür in sich bergen
- Es sind klar definierte Leitplanken nötig, die das staatliche Eingreifen beschränken, u. a. eine zeitliche Begrenzung.
- Staatliches Eingreifen darf nicht zur Erhaltung von überholten Strukturen führen.
- Staatliches Eingreifen muss stets das Ziel haben, Impulse zu setzen und privatwirtschaftliche Aktivitäten anzuschieben; so sind staatliche Beteiligungen als „ultima ratio“ anzusehen.

4.7 Zusammenwirken von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft

Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer. Gerade im Bereich der speziellen Industriepolitik sind die Praxiserfahrung der Unternehmen und das Know-How der Wissenschaft gefragt. So sollte z. B. die Identifizierung von Schlüsseltechnologien und -Geschäftsfeldern gemeinsam durch Wirtschaft, Wissenschaft und Politik erfolgen. Gleiches gilt für die Festlegung von Kriterien für ein bestimmtes staatliches Eingreifen (z.B. bei ausländischen Unternehmensübernahmen).

Ansprechpartner/Impressum

Volker Leinweber

Geschäftsführer, Leiter der Abteilung Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-133
volker.leinweber@vbw-bayern.de

Elias Kerperin

Abteilung Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-422
elias.kerperin@vbw-bayern.de

Impressum

Herausgeber

vbw
Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5
80333 München

www.vbw-bayern.de

© vbw Januar 2025